



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Für ein starkes Bayern in Europa – Maßnahmen zur Stärkung der Personalpräsenz und zur Förderung der Europakompetenz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für eine starke Interessensvertretung Bayerns auf europäischer Ebene einzusetzen. Hierzu sollte im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel die Personalpräsenz in Europa nochmals gestärkt und zugleich die Europakompetenz innerhalb der Verwaltungen gefördert werden.

Dabei sollten insbesondere folgende Maßnahmen fortgeführt und weiterentwickelt werden:

- stärkere Information über aktuelle europapolitische Themen, z. B. durch ressortübergreifende Veranstaltungsreihen oder allgemeine Veranstaltungen zur Europapolitik und deren rechtliche bzw. fachliche Grundlagen
- Start einer ressort- und laufbahnübergreifenden Informationskampagne, um über die vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene, z. B. auch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der Europäischen Union, der EU-Kommission und anderen Institutionen und die dazu gehörigen Programme (z. B. NSBW – Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung) zu informieren
- Prüfung der Möglichkeit für eine geeignete, permanente Information über Einsatzmöglichkeiten und offene Positionen auf europäischer Ebene an möglichst viele Mitarbeiter (z. B. in Form eines Newsletters, laufbahnunabhängig)
- Prüfung der Möglichkeit zur Ausweitung von Hospitationen von Mitarbeitern aus den Verwaltungen, damit Beschäftigte, die sich ggf. auch für eine Tätigkeit auf EU-Ebene interessieren, auf diese Weise einen ersten Eindruck gewinnen
- Prüfung der Möglichkeit zur Einführung von kurzfristigen Aufenthalten
- stärkere Werbung für ressortübergreifende Fortbildungsprogramme, wie z. B. das „Exzellenz Programm Europa“
- Gründung eines institutionalisierten Ehemaligen-Netzwerks, um den Erfahrungsaustausch ressortübergreifend und für eine Breite interessierter Beschäftigter zu ermöglichen, sowie um Verbesserungen bei der Kontaktpflege mit aktuell vor Ort in Brüssel Tätigen zu erreichen
- Prüfung von Möglichkeiten für eine unbürokratische Unterstützung von Interessenten bei allen Fragen im Zusammenhang mit der Übernahme einer Auslandstätigkeit, z. B. durch die Schaffung von festen Ansprechpartnern in den Staatsministerien oder eines ressortübergreifenden Ansprechpartners

- gemeinsames Verständnis der Personalentwicklung bei Übernahme einer Tätigkeit auf europäischer Ebene
- Prüfung der Möglichkeit für die Schaffung und Pflege eines möglichst ressortübergreifenden Pools von Interessenten für eine Tätigkeit auf europäischer Ebene
- Prüfung von Möglichkeiten zur Unterstützung beim Erwerb bzw. bei der Verbesserung von notwendigen Sprachkenntnissen

Begründung:

Die europäische Politik sowie ein Großteil ihrer Entscheidungen haben direkte oder indirekte Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch auf nahezu alle Bereiche der Verwaltung. Um die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene effektiv vertreten zu können, ist neben der Präsenz vor Ort in Form der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU und dem dort ansässigen Verbindungsbüro des Landtags auch eine starke, bayerische Personalpräsenz in den europäischen Institutionen erforderlich. Nach dem Sechsten Bericht der Bundesregierung zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen (BT-Drs. 19/10770) hat der Freistaat im Berichtszeitraum 2017-2018 nur 33 Beschäftigte an internationale Organisationen und europäische Institutionen entsendet. Bayern liegt damit gemeinsam mit Baden-Württemberg auf dem zweiten Platz hinter Nordrhein-Westfalen. Gegenüber dem vorhergehenden Bericht (BT-Drs. 18/12759), wonach der Freistaat noch 37 Beschäftigte entsendet hat, muss damit allerdings ein Minus verzeichnet werden. Ein weiterer Rückgang bei der Personalpräsenz sollte deshalb vermieden werden. Es müssen daher dringend Maßnahmen ergriffen werden, um die bayerische Personalpräsenz, insbesondere auf europäischer Ebene, weiter zu stärken bzw. wieder zu steigern. Darüber hinaus muss auch die Europakompetenz auf allen Ebenen der Verwaltung erhalten, gestärkt und weiter ausgebaut werden. Von zentraler Bedeutung ist es hierbei, dass die Mitarbeiter in allen Ressorts durch Informations- und Fortbildungsveranstaltungen künftig noch stärker für europapolitische Themen sensibilisiert werden.